



# Protokoll

---

Datum: 07. Dezember 2017  
Für: Mitglieder der Cocosol sowie weitere  
Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender  
Auflistung

## Protokoll der fünften Sitzung der beratenden Kommission (Cocosol) vom 07. Dezember 2017

<b>Vorsitz:</b>	Luzius Mader	Präsident; Bundesamt für Justiz / FSZM
<b>Mitglieder:</b>	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle Zürich
	Urs Allemann	Ehem. Mitglied Ausschuss SH, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss SH
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Vizepräsidentin der schweiz. Archivdirektorinnen- und - direktorenkonferenz ADK
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption- Schweiz, Betroffene
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss SH
	Christian Raetz	Leiter des « bureau cantonal de médiation VD »
<b>Ex officio:</b>	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
<b>Protokoll:</b>	Claudia Scheidegger	Bundesamt für Justiz

1 Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr

## 2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3

4 Der **Präsident** begrüsst die Cocosol-Mitglieder zur heutigen Sitzung.

5 Die Sitzungsunterlagen sollten alle Mitglieder vor ca. 10 Tagen erhalten haben.

6 Das Protokoll der letzten Sitzung wurde zusammen mit den Sitzungsunterlagen versandt, es gab von Seiten der Mitglieder keine Rückmeldungen dazu. **Der Präsident** fügt an,

7 dass das Protokoll künftig noch etwas kompakter verfasst werden solle, weil es kein

8 Wort- sondern nur ein etwas erweitertes Beschlussprotokoll sein soll. Ein solches

9 enthalte nur gerade die wichtigsten Beschlüsse und die hierfür relevanten Erwägungen.

10

11  
12 Der Versand der ersten Verfügungen betreffend die Gutheissung von Gesuchen um  
13 einen Solidaritätsbeitrag sei am 19. Dezember 2017 geplant. Den Verfügungen würden  
14 zusätzlich zwei Merkblätter (*Zirkulation unter den Mitgliedern*), je eines für Opfer und ein  
15 etwas ausführlicheres für Behörden beigelegt. Die betreffenden Opfer sollten das  
16 Schreiben am 20. Dezember 2017 erhalten und am 21. Dezember 2017 werde dann mit  
17 einer entsprechenden Medienmitteilung auch die Öffentlichkeit orientiert.

18

19 Am 8. Februar 2018 wird der 15. Runde Tisch stattfinden. Eine Reihe von Fragen,  
20 welche in der Zwischenzeit von Seiten der Betroffenen beim Delegierten eingegangen  
21 sind, sollen dann beantwortet werden.

22

23 Sodann gibt der **Präsident** kurze Rückmeldungen zu diversen Anlässen:

24

25 • 29.11.2017 Buchvernissage Niemandskinder (Lisa Hilafu)

26

27 • 30.11.2017 Buchvernissage Blätterflüstern in Chur (Philipp Gurt)

28

29 • 23.11.2017 Lory-Heim in Münsingen (Betriebsbesichtigung; FB FSZM)

30

31 Diese Anlässe seien erfreulich verlaufen und nützlich gewesen. In Chur habe der  
32 Präsident bei einer Podiums- Diskussion auch die Möglichkeit gehabt, erneut auf die  
33 Möglichkeit zur Einreichung von Gesuchen hinzuweisen.

34

35 Am 8. Dezember 2017 finde im BJ ein weiteres Austauschtreffen der kantonalen  
36 Anlaufstellen statt. Dies sei gerade in der aktuellen Phase des bevorstehenden Endes  
37 der Gesuchseinreichfrist sehr wichtig und entspreche einem Bedürfnis. Das BJ  
38 unternehme gegenwärtig besondere Anstrengungen, die zahlreichen Fragen und  
39 Anliegen der Anlaufstellen zu bearbeiten bzw. zu beantworten. An diesem Anlass sei  
40 überdies vorgesehen, dass Herr Theo Halter von der Guido Fluri - Stiftung kurz die  
41 Präsentation vorstelle, welche gegenwärtig anlässlich der verschiedenen Besuche in  
42 Alters- und Pflegeheimen gezeigt werde.

43

## 44 **2. Stand der eingegangenen Gesuche/Todesfälle**

45 Der **Präsident** gibt bekannt, dass bis heute 4'100 Gesuche beim BJ eingereicht worden  
46 seien. Leider seien bisher 35 Todesfälle zu verzeichnen.

47

48 **Reto Brand** führt aus, dass in letzter Zeit eine deutliche Zunahme bei den  
49 Gesuchseingängen zu verzeichnen gewesen sei. Dies sei nicht zuletzt auch auf die  
50 verschiedenen Informationsaktivitäten in letzter Zeit zurückzuführen.

51

52 **Guido Fluri** berichtet, dass seine Stiftung nun auch in der italienischen Schweiz aktiv  
53 werden und einzelne Alters- und Pflegeheime besuchen wolle.

54

## 55 **Vorgeprüfte Gesuche**

56

Der **Präsident** führt aus, dass bisher mit einer Ausnahme keine wirklichen Grenzfälle in  
der Bearbeitung der verschiedenen Gesuche aufgetaucht seien. Von den Sachverhalten  
her seien die Fälle eindeutig und die Opfereigenschaft klar zu erkennen. Seit der letzten  
Sitzung habe der Fachbereich insgesamt 311 Gesuche vorprüfen können.

Man habe sich übrigens mit dem Gesuch, welches an der letzten Sitzung so intensiv als  
Grenzfall diskutiert worden sei, noch einmal eingehend auseinandergesetzt und sei dann

1 zum Schluss gekommen, dass es letztlich doch gutgeheissen werden könne. Die vielen  
2 an der letzten Sitzung geäusserten Argumente, die neuen eingebrachten Aspekte sowie  
3 die unterschiedlichen Sichtweisen der Mitglieder seien dabei bei der erneuten  
4 Beurteilung berücksichtigt worden.  
5

6 Im Übrigen habe ein Mitglied der Cocosol im Vorfeld dieser Sitzung wiederum  
7 stichprobenartig 10 Gesuche aus der Liste ausgewählt und die Unterlagen im BJ  
8 eingesehen. Man habe sich von der korrekten Arbeit des Fachbereiches überzeugen  
9 können; die Entscheide seien gut vorbereitet und begründet gewesen.  
10

### 11 **3. Grundsatzdiskussionen**

#### 12 **3.1. Inwieweit haben frühere Entscheide aus dem Soforthilfeverfahren Einfluss auf** 13 **die Entscheide von heute?**

14 **Der Präsident** weist darauf hin, dass die Bejahung der Opfereigenschaft im  
15 seinerzeitigen Verfahren um Gewährung von Soforthilfe zur Folge habe, dass die  
16 Opfereigenschaft normalerweise auch im Rahmen des Verfahrens für einen  
17 Solidaritätsbeitrag als gegeben angesehen werden könne. Das bedeute insbesondere,  
18 dass in solchen Fällen im Gesuchsverfahren um einen Solidaritätsbeitrag nicht mehr  
19 jedes Detail aufgerollt und nachgeprüft werden müsse. Trotzdem würde in jedem  
20 einzelnen Fall summarisch überprüft, ob die Opfereigenschaft tatsächlich auch nach den  
21 neuen, im AFZFG verankerten Kriterien gegeben sei und das Gesuch auch die übrigen  
22 formalen Voraussetzungen für eine Gutheissung erfülle.

23 **Reto Brand** ergänzt, dass die Prüfung von Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag auf  
24 einer gesetzlichen Grundlage basiere. Dies sei früher im Verfahren um einen  
25 Soforthilfebeitrag so noch nicht der Fall gewesen. Die damalige Definition des  
26 Opferbegriffs sei derjenigen im neuen Gesetz sehr ähnlich. Aus diesem Grund schafften  
27 positive Entscheide im seinerzeitigen Soforthilfeverfahren eine Art rechtliche Vermutung,  
28 wonach die Opfereigenschaft auch im Verfahren um einen Solidaritätsbeitrag gegeben  
29 sei. Falls das BJ aber nachträglich Hinweise erhalten würde oder sich aus den  
30 Gesuchsakten Indizien ergäben, wonach wichtige Angaben im Rahmen des  
31 Soforthilfeverfahrens unterschlagen worden oder gar wissentlich falsche Angaben  
32 gemacht worden sind, würde das BJ dem nachgehen und ggf. reagieren.  
33  
34

#### 35 **3.2. Gesuche, die nicht in den inhaltlichen und oder zeitlichen Geltungsbereich des** 36 **AFZFG fallen**

37 Reto Brand skizziert den inhaltlichen und zeitlichen Geltungsbereich des AFZFG anhand  
38 von Beispielen und weist darauf hin, dass dieser mit dem AFZFG erstmals umfassend  
39 gesetzliche Konturen erhalten habe. Diese Konturen seien zu Zeiten des Verfahrens für  
40 einen Soforthilfebeitrag noch nicht so klar bestimmt gewesen. **Der Präsident** ergänzt,  
41 dass es nur wenige Fälle gäbe, die man nun genauer anschauen wolle, weil nicht klar ist,  
42 ob sie noch innerhalb oder schon ausserhalb des Geltungsbereiches angesiedelt wären.  
43 Sei ein Sachverhalt bei einem bestimmten Gesuch klar ausserhalb des  
44 Geltungsbereiches angesiedelt, z.B. wenn eine Fremdplatzierung erst deutlich nach 1981  
45 veranlasst oder vollzogen worden sei, dürfe man auf dieses Gesuch nicht eintreten. Das  
46 bedeute mit anderen Worten, dass man ein solches Gesuch bereits aus formalen  
47 Gründen nicht weiter behandle und nicht später aus inhaltlichen Gründen ablehne.  
48

49 Das BJ habe in der Vergangenheit vereinzelt Hinweise von Betroffenen oder von Dritten  
50 auf einzelne Fälle bekommen, wo angezweifelt worden sei, dass eine bestimmte Person  
51 bzw. deren Gesuch noch vom Geltungsbereich des AFZFG erfasst sei und die dort  
52 genannten Kriterien der Opfereigenschaft erfüllten. Diesen Hinweisen und den  
53 betreffenden Gesuchen würde zwar besondere Beachtung geschenkt, aber man müsse  
54 sich auch bewusst sein, dass die Hinweise nicht in allen Fällen objektiv sind.  
55

56 Es folgt eine Diskussion über die Beurteilung von Gesuchen, bei denen es um eine  
57 Zwangsadoption geht. Ein Mitglied äussert dazu Zweifel, ob man die damaligen  
58 Umstände einer (Zwangs-)Adoption nachträglich überhaupt mit genügender Sicherheit

1 rekonstruieren könne, denn zur Hauptsache müsse sich man ja nur auf heutige  
2 Schilderungen abstützen. Von Seiten des Fachbereiches wird erklärt, dass sich aufgrund  
3 der Analyse des Dossiers, der Aussagen im Gesuch, des Telefongesprächs mit der  
4 Person und nicht zuletzt auch aufgrund der Aktenlage in der Regel mit genügender  
5 Sicherheit sagen lasse, ob eine allfällige Zustimmung zur Adoption seinerseits unter  
6 starkem Druck erfolgt sei oder nicht.

7 **Der Präsident** ergänzt, dass das BJ bei heiklen Fällen die Cocosol damit befassen und  
8 eine vertiefte Diskussion veranlassen würde. Er weist im Übrigen darauf hin, dass das  
9 AFZFG den Behörden einen gewissen Spielraum in Fällen belasse, bei denen die  
10 Massnahme vor 1981 angeordnet aber erst nach 1981 vollzogen worden sei. Wo genau  
11 die zeitlichen Grenzen zu ziehen seien, müsse von Fall zu Fall angeschaut werden, Es  
12 habe einzelne Fälle gegeben, in denen Behörden die Anordnung bzw. den Vollzug einer  
13 Massnahme mehrmals bzw. länger als üblich aufgeschoben haben in der Hoffnung, dass  
14 sich die Situation einer bestimmten Person mit der Zeit doch noch verbessere. Als sich  
15 diese Hoffnung schliesslich zerschlug, musste die Massnahme dann doch noch  
16 vollzogen werden. Solche Fälle erforderten ein genaues Hinschauen und sorgfältiges  
17 Abwägen.

#### 18 **4. Umgang mit Betroffenen**

19 Es folgt eine kurze Diskussion über Betroffene, die sich im Umgang v.a. mit Behörden  
20 schwertun.  
21

#### 22 **5. Information über Gesuchsbearbeitung im Jahre 2018**

23 **Reto Brand** lässt die Planung für die Gesuchsbearbeitung und die organisatorische  
24 Abwicklung der Auszahlungen für das Jahr 2018 zirkulieren. Er erläutert die einzelnen  
25 Abläufe und organisatorischen Herausforderungen.  
26

#### 27 **6. Selbsthilfeprojekte**

28 Der Präsident informiert, dass verschiedene Selbsthilfeprojekte in den  
29 unterschiedlichsten Verfahrensstadien entweder angekündigt oder in Vorbereitung seien.  
30 Am weitesten gediehen sei ein Projekt aus der Region Basel, das aus seiner Sicht bald  
31 entscheidungsreif sein könnte. Ein Projekt sei zwar eingereicht, dann aber wieder  
32 zurückgezogen worden.  
33

#### 34 **7. Verschiedenes**

35 Die nächste Sitzung findet am **6. März 2018 um 10 Uhr** im Sitzungszimmer 60 statt.  
36  
37



# Procès-verbal

---

Date :

7 décembre 2017

Destinataires :

Membres de la Cocosol et autres participants à la séance selon la liste qui suit

## Procès-verbal de la 5<sup>e</sup> séance de la commission consultative (Cocosol) du 7 décembre 2017

<b>Présidence :</b>	Luzius Mader	Président Office fédéral de la justice / MCFA
<b>Membres :</b>	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante du point de contact du canton de Zurich
	Urs Allemann	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale aux Archives de l'État de Berne et vice-présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'Archives suisses (CDA)
	Lisa Yolanda Hilafu	Ancienne présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Christian Raetz	Chef du Bureau de médiation du canton de Vau
<b>Collaborateur de l'OFJ :</b>	Reto Brand	Office fédéral de la justice / chef de l'unité MCFA
<b>Procès-verbal :</b>	Claudia Scheidegger	Office fédéral de la justice

1 Début de la séance : 10 h

## 2 **1. Accueil et communications**

3

4 Le **président** souhaite la bienvenue aux membres de la Cocosol qui assistent à cette  
5 séance.

6 Les documents nécessaires leur ont été envoyés il y a une dizaine de jours.

7 Le procès-verbal de la dernière séance était joint à cet envoi, aucun membre ne s'est  
8 exprimé à son sujet. Le **président** indique que le procès-verbal devrait être encore plus  
9 compact à l'avenir, car il s'agit seulement d'un procès-verbal - légèrement étendu - de  
10 décisions. En tant que tel, il ne doit contenir que les principales décisions et les  
11 remarques les concernant.

12

13 L'envoi des premières décisions rendues sur les demandes de contribution de solidarité  
14 qui ont été acceptées est prévu pour le 19 décembre 2017. Ces décisions seront  
15 accompagnées de deux feuilles d'information (*circulation parmi les membres*), l'une pour  
16 la victime, l'autre, plus détaillée, pour les autorités. Les victimes concernées devraient  
17 recevoir la lettre le 20 décembre 2017 et le public sera informé par communiqué de  
18 presse le 21 décembre 2017.

19

20 La 15<sup>e</sup> Table ronde se tiendra le 8 février 2018. Des réponses seront données ce jour-là  
21 à une série de questions que le délégué aux MCFA a reçues dans l'intervalle.

22

23 Le **président** rend brièvement compte de diverses manifestations :

24

- 25 • 29.11.2017 Vernissage du livre « Niemandskinder » (Lisa Hilafu)
- 26 • 30.11.2017 Vernissage du livre « Blätterflüstern » à Coire (Philipp Gurt)
- 27 • 23.11.2017 Foyer d'éducation Lory à Münsingen (visite des lieux ; unité MCFA)

28

29 Ces manifestations se sont très bien déroulées et ont été fort utiles. A Coire, le président  
30 a pu une nouvelle fois, lors d'un débat, signaler la possibilité offerte aux personnes  
31 concernées de déposer une demande.

32

33 Le 8 décembre 2017, les points de contact cantonaux se rencontreront de nouveau à  
34 l'OFJ pour échanger leurs expériences. Ces échanges sont particulièrement importants  
35 à l'approche de l'échéance du délai de dépôt des demandes et répondent à un besoin.  
36 L'OFJ fait en ce moment de gros efforts pour traiter les nombreuses questions des points  
37 de contact et y répondre. Lors de cette rencontre, M. Theo Halter, de la fondation Guido  
38 Fluri, montrera également la présentation qu'il fait actuellement lors de ses visites de  
39 foyers pour personnes âgées et d'EMS.

40

## 41 **2. État des demandes reçues/personnes décédées**

42 Le président indique que l'OFJ a reçu 4100 demandes à ce jour. Il déplore la mort de 35  
43 personnes.

44 **Reto Brand** ajoute que le nombre des demandes est en nette hausse depuis quelque  
45 temps. Il explique cette progression par les diverses activités d'information qui ont été  
46 organisées.

47 **Guido Fluri** rapporte que sa fondation travaille maintenant aussi en Suisse italienne et  
48 qu'elle entend rendre visite à différents foyers pour personnes âgées et EMS.

49

### 50 **Liste des demandes ayant fait l'objet d'un examen préliminaire**

51 Le **président** explique qu'à une exception près, aucun véritable cas limite ne s'est posé  
52 lors du traitement des demandes. Les cas sont évidents au plan matériel et la qualité de  
53 victime absolument reconnaissable. L'unité a examiné au total 311 demandes depuis la  
54 dernière séance.

55 L'unité MCFA s'est une nouvelle fois penchée dans le détail sur la demande qui avait  
56 donné lieu à d'intenses discussions lors de la dernière séance et est arrivée à la  
conclusion qu'elle pouvait finalement être acceptée. Les nombreux arguments avancés

1 lors de la dernière séance, les nouveaux aspects considérés et les différents points de  
2 vue des membres ont tous été pris en compte lors de la réappréciation.

3  
4 En vue de la séance d'aujourd'hui, un membre de la Cocosol a par ailleurs choisi au  
5 hasard 10 demandes figurant sur la liste et examiné les documents à l'OFJ. Il a pu  
6 constater la qualité du travail fourni par l'unité ; les décisions sont bien préparées et  
7 fondées.

### 8 9 **3. Discussions de principe**

#### 10 11 **3.1. Dans quelle mesure les décisions prises dans le cadre de la procédure d'aide 12 immédiate ont-elles une influence sur les décisions d'aujourd'hui ?**

13 Le **président** signale que la reconnaissance de la qualité de victime dans le cadre de la  
14 procédure d'octroi de l'aide immédiate a normalement pour conséquence que cette  
15 qualité peut être considérée comme reconnue dans la procédure de demande d'une  
16 contribution de solidarité. Cela signifie que tous les détails ne doivent plus être présentés  
17 et vérifiés dans ces cas. Il faut toutefois contrôler sommairement que la qualité de victime  
18 répond aux critères figurant dans la LMCFA et que la demande remplit les autres  
19 conditions formelles d'une acceptation.

20 **Reto Brand** complète en disant que l'examen des demandes de contribution de  
21 solidarité se fonde sur une base légale. Tel n'était pas le cas à l'époque de la procédure  
22 sur l'aide immédiate. La définition donnée alors du terme de victime est très proche de  
23 celle que contient la loi. C'est pourquoi les décisions positives prises dans la procédure  
24 sur l'aide immédiate créent une sorte d'hypothèse juridique que la qualité de victime peut  
25 également être reconnue dans la procédure de demande d'une contribution de solidarité.  
26 Si l'OFJ devait, après coup, obtenir des indications ou découvrir dans les dossiers des  
27 indices que des données importantes ont été omises ou que des données fausses ont  
28 été fournies sciemment dans la procédure de l'aide immédiate, il les examinerait aussitôt  
29 et réagirait si nécessaire.

#### 30 31 **3.2. Demandes qui n'entrent pas dans le champ d'application de la LMCFA pour 32 des raisons matérielles ou temporelles**

33 **Reto Brand** esquisse le champ d'application matériel et temporel de la LMCFA à l'aide  
34 d'exemples. Les contours légaux n'étaient pas encore clairement définis à l'époque de la  
35 procédure de l'aide immédiate. Le **président** complète en disant que le nombre de cas  
36 nécessitant un examen parce qu'on ne sait s'ils figurent dans ou hors du champ  
37 d'application de la loi est faible. Lorsque le contenu d'une demande donnée se situe  
38 clairement en dehors du champ d'application de la loi, par ex. lorsqu'un placement a été  
39 ordonné et exécuté nettement après 1981, il n'y a pas lieu d'entrer en matière. Cela  
40 signifie, en d'autres termes, que cette demande ne sera pas traitée plus avant pour des  
41 raisons formelles et qu'elle n'aura pas à être rejetée ultérieurement pour des raisons  
42 matérielles.

43  
44 Des personnes concernées ou des tiers ont dans le passé signalé à l'OFJ que certains  
45 cas pouvaient donner lieu à des doutes qu'une personne donnée, ou sa demande, entre  
46 dans le champ d'application de la LMCFA et remplisse les critères définissant la qualité  
47 de victime. Ces indications et les demandes en question ont bénéficié d'une attention  
48 particulière, mais il faut aussi garder à l'esprit que les indications en questions n'étaient  
49 pas toujours objectives.

50  
51 Il s'ensuit une discussion sur l'appréciation des demandes fondées sur une adoption de  
52 force. Un membre de la commission doute qu'on puisse reconstituer avec suffisamment  
53 de certitude les circonstances d'une adoption (forcée) à l'époque, car on doit se  
54 fonder principalement sur les déclarations faites aujourd'hui. L'unité MCFA explique que  
55 l'analyse du dossier, les déclarations faites dans la demande, les entretiens  
56 téléphoniques menés avec la personne et, enfin, les documents disponibles permettent  
57 généralement de conclure avec suffisamment de certitude que l'éventuel acquiescement  
58 donné à l'adoption en son temps a été obtenu sous la pression.

1 Le **président** complète en disant que l'OFJ, dans les cas épineux, associerait la Cocosol  
2 et exigerait une discussion approfondie. Il signale en outre que la LMCFA laisse une  
3 certaine marge de manœuvre aux autorités dans les cas où la mesure a été ordonnée  
4 avant 1981 mais exécutée seulement après. La limite à tirer doit être examinée au cas  
5 par cas. Il y a eu des cas où les autorités ont repoussé à plusieurs reprises ou plus  
6 longuement que d'habitude le moment d'ordonner une mesure ou son exécution dans  
7 l'espoir que la situation d'une personne donnée finisse par s'améliorer. Lorsque cet  
8 espoir était réduit à néant, la mesure était finalement exécutée. Ces cas exigent d'être  
9 étudiés de près et pesés soigneusement.

#### 10 **4. Attitude envers les personnes concernées**

11 Il s'ensuit une courte discussion sur les personnes concernées qui rencontrent des  
12 difficultés dans leurs relations avec les autorités.  
13

#### 14 **5. Information sur le traitement des demandes en 2018**

15 **Reto Brand** fait circuler la planification du traitement des demandes et le déroulement  
16 des versements en 2018. Il explique les processus et les défis organisationnels.  
17

#### 18 **6. Projets d'entraide**

19 Le **président** informe que différents projets d'entraide, plus ou moins avancés, sont  
20 annoncés ou en préparation. Le plus abouti est un projet de la région bâloise, qui arrivera  
21 prochainement à maturité et pourra faire l'objet d'une décision. Un autre projet a été  
22 déposé, puis retiré.  
23

#### 24 **7. Divers**

25 La prochaine séance aura lieu le **6 mars 2018 à 10 h** dans la salle 60.  
26  
27